

<b>Zeitschrift:</b>	Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
<b>Herausgeber:</b>	Historischer Verein des Kantons Bern
<b>Band:</b>	79 (1996)
<b>Artikel:</b>	Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995
<b>Autor:</b>	Junker, Beat
<b>Kapitel:</b>	1: Arbeiterschaft und Landesstreik
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1070982">https://doi.org/10.5169/seals-1070982</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## I. KAPITEL

---

### ARBEITERSCHAFT UND LANDESSTREIK

#### 1. DIE BERNER SOZIALDEMOKRATEN

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vertrugen sich die politischen Parteien in der Schweiz untereinander in einem «Burgfrieden», das heisst, sie verzichteten bis auf weiteres auf Kämpfe und begnügten sich bei Wahlen, ihre bisherigen Sitze zu halten. Doch bald zeigten sich neben dem «Graben» zwischen Deutsch und Welsch auch Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. In der Schweiz wie im übrigen Europa hatte im Sommer 1914 kaum jemand mit einem jahrelangen Krieg fast auf dem ganzen Erdteil gerechnet. Deshalb gab es keine Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen für die Zeit gestörter Zufuhren, und für knappe Güter war keine Rationierung vorbereitet, denn man hielt sie in einer liberalen Wirtschaftsordnung für undurchführbar.

So stiegen die Preise für den täglichen Bedarf gewaltig. Hatte man in der Stadt Bern im Juli 1914 für ein Kilo Brot noch 35 Rappen bezahlt, so waren es im August 1917 70 Rappen, für ein Kilo Teigwaren 1 Franken 87 statt 60 Rappen, für ein Kilo Schweinefleisch 4 Franken 87 statt 2 Franken 40, für ein Ei 28 Rappen statt 9, für ein Kilo Zucker 1 Franken 40 statt 54 Rappen. Etwas weniger stark hoben sich in der gleichen Zeit die Preise für Milch (von 24 auf 33 Rappen für den Liter) und für Emmentalerkäse (von 2 Franken 40 auf 3 Franken 50 für das Kilo). Für den Bedarf an Nahrung und Brennmaterial hatte eine fünfköpfige Familie in der Stadt Bern nun Auslagen von 2019 Franken im Jahr statt von 1054, das heisst, diese Kosten verdoppelten sich in rund 3 Jahren. Dabei kam Bern eher besser weg als andere Gebiete, namentlich als Zürich sowie die West- und die Innenschweiz. Hingegen bestand kein wesentlicher Unterschied zwischen Stadt und Land.

Zwar erliess der bernische Regierungsrat schon kurz nach Kriegsausbruch eine Verordnung gegen das Hamstern von Lebensmitteln

und anderen Waren, und er ermächtigte die Gemeinderäte, für ihr Gebiet Höchstpreise festzusetzen. Doch tat er nichts, um die Einhaltung dieser Vorschriften zu kontrollieren.

Ein Zeichen guten Willens war es, dass der Grosse Rat 1916 einhellig beschloss, den Staatsbeamten nach dem Vorbild des Bundes und mancher Gemeinden eine bescheidene Teuerungszulage auszurichten, doch glich sie den Anstieg der Preise nur zu einem kleinen Teil aus. So wuchs die Not, und in den Städten kam es zu gelegentlichen Marktkrawallen, etwa in Biel im Sommer 1918.

Missmut erregte zudem, dass verschiedene Branchen und Firmen von der Nachfrage des Auslandes profitierten und mit der Lieferung kriegswichtiger Ware enorme Gewinne erzielten, ebenso einzelne – oft Ausländer –, welche Lücken der Vorschriften für Geschäfte in Grauzonen ausnützten und den so erworbenen Reichtum ungehemmt zur Schau stellten. Der Schweizer Soldat aber stand an der Grenze und erhielt einen Sold von bloss symbolischem Wert. Gerieten er und seine Familie in Not, so blieben sie auf die Armenfürsorge angewiesen, der häufig ein Almosengeruch anhaftete. Eine Verdienstversatzordnung wie im Zweiten Weltkrieg existierte noch nicht<sup>71</sup>.

Unter dieser Entwicklung litten besonders Arbeitnehmer und Konsumenten. Als ihre Vertreter in der Politik galten in erster Linie die Sozialdemokraten. Aber auch der linke Flügel des Freisinns setzte sich für die Käuferschaft ein. Die Sozialdemokraten hatten schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts an Stärke gewonnen, am deutlichsten in den Städten und ihrer Umgebung. In der Stadt Bern fiel ihr Aufstieg 1895 auf, als man für die Stadtratswahlen zum Proporz überging. Fortan stellten die Sozialdemokraten gut einen Drittels der Gewählten, 1906 sogar 45 % trotz parteiinternen Querelen um die Person Karl Moors.

Ebenfalls 1895 zogen die Sozialdemokraten in den neunköpfigen Gemeinderat der Stadt Bern ein, bis 1899 mit einem Vertreter, von 1899 an mit zweien und seit 1911 mit dreien. Die Partei galt also als regierungsfähig und übernahm auch Direktionen, die in Zeiten innerer Spannungen besondere Bedeutung erhielten. So trug beim Generalstreik von 1918 der Sozialdemokrat und Gewerkschafter

Oskar Schneeberger die Verantwortung für die Stadtberner Polizei. Zur gleichen Zeit sanken die Konservativen, die Jahrzehntelang die Gemeinde Bern gelenkt hatten, zur schwächsten Partei im Stadtrat ab, während die Sozialdemokraten 1917 hier vorübergehend sogar die absolute Mehrheit gewannen und 1918 mit Gustav Müller für zwei Jahre den Stadtpräsidenten stellten.

In der Stadt Biel erreichten die Sozialdemokraten den Durchbruch in der Gemeindepolitik ebenfalls mit dem Übergang zum Proporzwahlrecht 1892. Von den 60 Sitzen im Stadtrat eroberten sie 26, von den sechs nebenamtlichen Sitzen im Gemeinderat (neben drei vollamtlichen) deren drei. Doch gelang es ihnen bis nach dem Weltkrieg nicht, diesen Erfolg auszuweiten und in einem der beiden Gremien die Mehrheit zu gewinnen. Schon 1907 war Arbeitersekretär Gottfried Reimann in einem Majorzwahlkampf zum Stadtpräsidenten gewählt worden, als erster Sozialdemokrat in der ganzen Schweiz. Aber als er schon zwei Jahre darauf, erst 47jährig, an Lungentuberkulose starb, fiel das Amt an einen Freisinnigen zurück.

Um Biel herum hatte sich ein «roter Gürtel» gelegt, der bis Lyss und Büren reichte. In Gemeinden wie Mett, Nidau, Port und Lengnau besassen die Sozialdemokraten die Mehrheit, in anderen wie Bözingen, Madretsch, Pieterlen und Brügg mindestens eine Position der Stärke. Weit vorgedrungen waren die Sozialdemokraten im Südjura, im Oberaargau und rund um Ortschaften wie Thun oder Interlaken, während sie in den Tälern des Oberlandes, im Nordjura und im Emmental erst an vereinzelten Stellen Fuss gefasst hatten.

Im Grossen Rat waren die Sozialdemokraten seit 1894 vertreten, wenn auch des Majorzwahlverfahrens wegen nicht entsprechend ihrer wirklichen Stärke. Immerhin wären bei den Gesamterneuerungswahlen von 1910 die Freisinnigen bereit gewesen, den Sozialdemokraten einen der neun Regierungsratssitze zu überlassen, wenn sie einen den Bürgerlichen genehmten Kandidaten anboten. Das hätte wohl für Gustav Müller zugetroffen, nicht aber für Karl Zgraggen, den die Sozialdemokraten portierten. So wählte das Volk am 8. Mai 1910 neben acht Bisherigen den freisinnigen Fürsprecher Karl Scheurer aus Gampelen, den Sohn des früheren Finanzdirek-

tors, und bis zum Einzug der Sozialdemokraten in die kantonale Exekutive verstrichen noch fast dreissig Jahre. Auch bei der Arbeiterpartei selber lehnten viele die Mitarbeit eines einzelnen Vertreters als Alibifigur in einer bürgerlich dominierten Regierung ab<sup>72</sup>.

Als Führer der Stadtberner Sozialdemokraten stachen zuerst Persönlichkeiten hervor, die nach Elternhaus und Beruf nicht aus der Arbeiterschaft hervorgegangen waren und ihre Spuren in der Politik oft beim Linksfreisinn abverdient hatten, etwa die Juristen Karl Zgraggen, Gustav Müller und der aus Basel gebürtige Alfred Brüstlein. Auch Karl Moor und Nikolaus Wassilieff sind in einzelnen Zügen diesem Politikertypus verwandt. Eigentliche Arbeiter gelangten zum guten Teil erst später, durch Tätigkeit in Ämtern von Partei und Gewerkschaften und ihrer Presse, in vordere Ränge, aus der Metallbranche zum Beispiel Oskar Schneeberger und Konrad Ilg, der Eisenbahner Emil Düby, vor allem aber Robert Grimm.

Robert Grimm war 1881 in Wald im Zürcher Oberland als Sohn eines Arbeiterehepaars geboren worden. Nach einer Druckerlehre durchwanderte er auf der Walz Mitteleuropa und wirkte dabei auch in Pruntrut, wo seine politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten freilich bald zum Streit mit dem Arbeitgeber führten. So kam er für ein Zwischenspiel nach Bern, bis ihn 1906 der Arbeiterbund Basel zum Leiter seines Sekretariates berief. Im Frühjahr 1909 zog er dann wieder nach Bern und blieb hier bis zum Ende seines Lebens. Er leitete als Redaktor die «Berner Tagwacht», wurde 1909 Stadtrat, 1910 Grossrat und 1911 Nationalrat, dies allerdings nicht als Vertreter Berns, sondern eines Zürcher Wahlkreises. Mit seiner angriffigen, oft auch polemischen Schreibweise steigerte Grimm die Auflage der «Tagwacht» bis 1913 auf 7800 Stück, nachdem sie noch zehn Jahre zuvor wenig mehr als die Hälfte erreicht hatte. Auch war sie nun weit über die Stadt Bern hinaus im ganzen Kanton verbreitet.

Grimm suchte in Bern und in der Schweiz die Arbeiterbewegung zu reorganisieren und zu zentralisieren und namentlich das Nebeneinander von Partei und Grütliverein zu beseitigen, was ihm aber vorderhand nicht gelang. Er selber trat für eine Linie ein, die nicht schrittweise Reformen mit vorübergehenden Konzessionen an den Gegner anstrehte, sondern den grundsätzlichen Kampf gegen die

Klasse der Bourgeoisie betonte, welche das Proletariat auszubeuten suche. Es erleichterte Grimm den Aufstieg, dass vor dem Ersten Weltkrieg bei der Berner Linken Persönlichkeiten gleichen Formates und gleicher Durchschlagskraft fehlten.

Grimm wollte die schweizerische Sozialdemokratie stärker in die gesamte Arbeiterbewegung einbinden und besuchte häufig internationale Tagungen. Aber auch Bern selber bot Gelegenheit zu Kontakten mit ausländischen Sozialisten, die aus politischen Gründen ihre Heimat hatten verlassen müssen. Der bedeutendste dieser Emigranten war Lenin, obwohl bei Beginn des Ersten Weltkrieges seine wichtigsten Taten erst bevorstanden und er noch keineswegs allgemein als Führer der oppositionellen Linken Russlands anerkannt war<sup>73</sup>.

## 2. LENIN IN BERN UND DIE KONFERENZEN VON ZIMMERWALD UND KIENTAL

Wladimir Iljitsch Uljanow, wie Lenin mit seinem bürgerlichen Namen hieß, traf anfangs September 1914 als 44jähriger mit seiner Frau und seiner Schwiegermutter von Österreich her in Bern ein. Es war nicht sein erster Kontakt mit der Stadt, hatte sich doch seine Frau bereits 1913 einer Kropfoperation durch den Berner Nobelpreisträger Professor Theodor Kocher unterzogen.

Lenins Familie blieb rund anderthalb Jahre in Bern und wohnte während dieser Zeit, zum Teil in Untermiete, an vier Orten. Sie lagen alle im Länggassquartier, meist nahe beim Bremgartenwald, in dem Lenin gerne spazierte. Bescheidene Einkünfte boten ihm und den Seinen das kleine Erbteil der Schwiegermutter sowie Honorare für Vorträge oder publizistische Arbeiten. Im ganzen lebte die Familie sehr bescheiden und zurückgezogen, und Lenin verbrachte den grössten Teil seiner Zeit mit Lektüre. Er pflegte Kontakt vor allem mit anderen Russen und schrieb Flugblätter für den Widerstand gegen den Zarismus, die in Bümpliz gedruckt und dann nach Russland geschmuggelt wurden. Mit Schweizer Sozialdemokraten verkehrte er seltener, und schon ein Gespräch mit Robert

Grimm kurz nach Lenins Ankunft zeigte, wie weit die Ansichten der beiden über die politischen Verhältnisse in der Schweiz auseinandergingen und wie unrealistisch Lenin die Aussichten auf einen Umsturz in der Eidgenossenschaft beurteilte. Ein spürbarer Einfluss Lenins auf Grimm ist in der Berner Zeit nicht nachzuweisen, noch weniger auf andere Schweizer Sozialisten, die von ihm wenig Kenntnis nahmen.

Den Sommer 1915 verbrachte Lenin mit seiner Frau in Sörenberg, wo sie sich von einem Rückfall ihrer Basedowkrankheit erholte. Im Herbst kehrte er nach Bern zurück, verlegte aber seinen Wohnsitz bald nach Zürich. Das hing zum Teil mit Zufälligem zusammen, zum Teil spürte Lenin wohl in Bern auch das Übergewicht der Persönlichkeit Grimms, das hier den Einfluss anderer bei den Sozialdemokraten begrenzte. Weiteres, was ihm missfiel, war nicht bezeichnend für Bern, sondern für die ganze Schweiz oder mindestens für ihren alemannischen Teil, etwa der Zuschnitt des Alltags, von dem Lenins Frau berichtete: «Bern hat vor allem den Charakter eines Verwaltungs- und Studienzentrums. Es besitzt zahlreiche gute Bibliotheken, viele Gelehrte, aber das Leben ist ganz und gar von kleinbürgerlichem Geist durchdrungen. Bern ist eine ausserordentlich 'demokratische' Stadt – die Frau des höchsten Beamten der Republik klopft höchst eigenhändig Tag für Tag auf dem Balkon ihre Teppiche aus; aber die Teppiche, diese häusliche 'Gemütlichkeit', füllen die Berner Frauen restlos aus.»

Als 1914 in Europa der Krieg ausbrach, stellten sich auch die sozialistischen Parteien hinter ihre Regierungen, und ihre Angehörigen befolgten die Marschbefehle. Daneben gab es aber Gruppen, die am Klassenkampf festhalten und gegen die Kriegspolitik auftreten wollten. Sie suchten den internationalen Kontakt untereinander, worauf Robert Grimm im Herbst 1915 eine Konferenz einberief. Am 5. September versammelte er rund 40 Teilnehmer aus elf Ländern im Berner Volkshaus und führte sie dann auf Pferdefuhrwerken ins nahegelegene Bauerndorf Zimmerwald auf dem Längenberg. Der prominenteste Anwesende aus heutiger Sicht war Lenin. Er setzte sich aber nicht durch mit seiner These, der Kampf gegen den Krieg müsse in eine proletarische Weltrevolution münden und die

kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen. Ihm war das «Manifest von Zimmerwald», das deutlich angenommen wurde, zu zahm, erinnerte es doch nur an die Pflicht zum Klassenkampf und an den Willen, einen Frieden auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne Annexionen herbeizuführen. Lenin und seine wenigen Anhänger stimmten dem Text zwar zu, fügten aber die eigene, radikale Auffassung als Zusatzprotokoll bei.

Diese Gruppe, die «Zimmerwalder Linke», wie sie sich nannte, trug den Namen des Berner Dorfes in die internationale Arbeiterbewegung und in die Geschichtsschreibung. Dabei war die Wirkung der Zimmerwalder Konferenz im Augenblick bescheiden. Zwar machte sie Lenin über den Kreis der russischen Emigranten hinaus bei den revolutionären Minderheitssozialisten der europäischen Parteien bekannt und bildete den Anfang eines dauernden internationalen Zusammenschlusses dieser Kreise. Auf die Berner und Schweizer Geschichte hatte sie höchstens insofern Einfluss, als sie in der Folge beitrug zur deutlichen Abgrenzung der Fronten zwischen den verschiedenen Gruppen in der Sozialdemokratie.

Im übrigen vollzog sich der Anlass unbemerkt von der einheimischen Öffentlichkeit. Auch im Rückblick erwähnt die Chronik des «Neuen Berner Taschenbuches» für 1915 die Zusammenkunft überhaupt nicht, und den Behörden von Bund und Kanton entging sie völlig. Der Wirt des Hotels «Beau Séjour», in welchem die Konferenz stattfand, konnte mangels Unterlagen keine Auskunft über Zahl und Identität der Teilnehmer geben. Zwar wurde er wegen mangelhafter Führung der Fremdenkontrolle um zehn Franken gebüsst, doch fand der kantonale Polizeikommandant Adolf Jost, es sei «der Angelegenheit keine grosse Bedeutung» beizumessen, womit er die allgemeine Meinung aussprach.

Weil die Differenzen zwischen den Teilnehmern der Zusammenkunft von Zimmerwald weiter schwelten, wurde im Frühjahr 1916 eine neue Konferenz nötig. Grimm berief die Teilnehmer auf Ostermontag, den 24. April 1916, im Bahnhof Bern zusammen und führte sie wieder an einen geheim gehaltenen Ort, nämlich ins Hotel «Bären» in Kiental im Berner Oberland. Hier lieferten sich die 45 Delegierten bis am 30. April – oft bis weit in die Morgenstunden –

hitzige Debatten, und die Gegensätze unter ihnen brachen noch schärfer auf als im Jahr zuvor. Die von Grimm entworfene Schlussresolution kam Lenin etwas weiter entgegen als in Zimmerwald, aber sie verhinderte auch jetzt jede Forderung nach einem bewaffneten Aufstand und wollte vor allem das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft stärken. Wieder war der Anlass getarnt als touristische Veranstaltung und entging der Aufmerksamkeit der Behörden. Einheimische Jodler verschönerten ihn sogar mit ihren Darbietungen<sup>74</sup>.

### 3. DER LANDESSTREIK

Im Laufe des Jahres 1918 stieg die Spannung zwischen den sozialen Gruppen immer mehr, und die Lage spitzte sich zu. Der Umsturz in Russland, der im Frühling 1917 das Zarenregime beseitigt und im Herbst des gleichen Jahres die Bolschewisten an die Macht gebracht hatte, weckte bei Teilen der politischen Linken die Hoffnung, nun werde die proletarische Weltrevolution auch Mitteleuropa erfassen und die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzen. Die militärischen Fronten waren stärker in Bewegung geraten als zuvor, und ein Ende des Krieges begann sich abzuzeichnen. Im Inneren der Eidgenossenschaft traten hinzu eine sprunghafte Teuerung und ein verschärfter Mangel an Gütern des Grundbedarfs, einzelne Zeichen von Dienstverdrossenheit bei den Truppen im Grenzdienst und Erfolge der Sozialdemokraten bei Wahlen in Kantonen und Gemeinden, vorwiegend in Industriestädten.

Im Februar 1918 bildete sich in Olten aus Persönlichkeiten der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des schweizerischen Gewerkschaftsbundes ein «Aktionsausschuss», der ursprünglich einem Entwurf des Bundesrates zur Einführung der Arbeitsdienstplicht für Zivilisten entgegentreten sollte. Treibende Kraft dabei war Robert Grimm, der hoffte, durch diese Vereinigung von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung lasse sich der Klassenkampf geschlossener führen als bisher. Bald begann das «Oltener Aktionskomitee» – das allerdings häufiger in Bern tagte als in Olten – auch grundsätzliche Fragen der Kampfführung zu be-

sprechen, etwa die Möglichkeit und Opportunität eines Generalstreiks, das heisst der Arbeitsniederlegung über den Rahmen einer einzelnen Branche oder einer einzelnen kleineren Ortschaft hinaus. Zudem wandte es sich gelegentlich ohne Auftrag der Partei- und Gewerkschaftsleitung mit Begehren an Öffentlichkeit und Behörden, was Kritik und eigentliche Zerreissproben in der politischen Linken auslöste. Nicht bestätigt haben sich Gerüchte, wonach wesentliche Anstösse und Gelder für das Oltener Komitee aus dem Ausland gekommen seien. Zwar war seit dem Mai 1918 eine Gesandtschaft des bolschewistischen Russland in der Schweiz tätig unter der Leitung des Letten Jean Berzine, der seinerzeit Lenin an die Zimmerwalder Konferenz begleitet hatte. Aber er war kränklich und hielt sich deshalb ebenso häufig im milden Sigriswil ob dem Thunersee auf wie in Bern. Weder die Untersuchung der Bundesanwaltschaft noch der Prozess nach dem Landesstreik haben Hinweise dafür geliefert, dass Initiative oder finanzielle Unterstützung für den Generalstreik von 1918 aus Russland oder aus einem anderen fremden Staat in die Schweiz geflossen wären.

In der Stadt Zürich kam es Ende September 1918 zu einem zweitägigen Generalstreik, weil die Arbeitgeber sich weigerten, mit dem Verband des Bankpersonals über Lohnbegehren zu verhandeln, doch gelang es dem Zürcher Regierungsrat schliesslich, sie zum Einlenken zu bewegen. Zudem befürchtete die Kantonsexekutive Ausschreitungen bei den Feiern zum ersten Jahrestag der bolschewistischen Revolution in Russland. Deshalb bat sie, ohne die Stadtregierung zu begrüssen, den Bundesrat um zusätzliche Truppen zum Schutz der Stadt. Auf einen verstärkten Einsatz von Militär hatte auch die Armeeleitung seit langem gedrängt. Am 5. und 6. November 1918 bot der Bundesrat vier Kavalleriebrigaden und vier Infanterieregimenter auf, und der General ernannte zum Kommandanten der Truppen in Zürich den draufgängerischen Oberstdivisionär Emil Sonderegger. Das Oltener Komitee empfand diese Truppenaufgebote als Provokation, und es rief für Samstag, den 9. November, zu einem eintägigen Proteststreik in 19 grösseren Industrieorten auf. Die Parole wurde unterschiedlich befolgt, und grössere Ruhestörungen blieben aus.

Der 9. November 1918 war auch der Tag, an dem im deutschen Reich Kaiser Wilhelm II. abdankte und mancherorts Arbeiter- und Soldatenräte die Macht zu ergreifen suchten. Das wirkte besonders auf den äussersten Flügel der Zürcher Linken. Unter seinem Einfluss beschloss die Zürcher Arbeiterunion, den Streik – entgegen den Absichten des Oltener Komitees – über die vorgesehenen 24 Stunden hinaus weiterzuführen. Platzkommandant Sonderegger goss noch Öl ins Feuer, indem er von der Zürcher Kantonsregierung ein Verbot für die Feier der russischen Revolution erwirkte und den dafür vorgesehenen Platz durch Truppen mit Schüssen in die Luft räumen liess, als trotzdem Arbeiter dort auftauchten. So gewannen die Vorgänge in Zürich eine Eigendynamik, welche das Oltener Aktionskomitee, aber auch den Bundesrat, mitrissen.

An einer Sitzung in Bern, die am 10. November nach 19 Uhr begann und bis weit in den folgenden Morgen hinein dauerte, beschloss das Oltener Komitee, zum landesweiten Generalstreik aufzurufen. Er sollte nach dem 11. November 1918 um Mitternacht beginnen, doch fand die Parole ungleichen Anklang. Es folgten ihr vor allem die Industrieregionen der Deutschschweiz, weit weniger die ländlichen Gebiete und nur schwach die Romandie und das Tessin. In der Westschweiz herrschte, auch bei Arbeitern, noch vielerorts «Graben»-Stimmung. Das Oltener Komitee galt hier als deutschfreundlich, hatte doch Grimm im Sommer 1917 mitgewirkt bei den Bemühungen von Bundesrat Arthur Hoffmann für einen Separatfrieden zwischen den Zentralmächten und Russland. Wäre diese Vermittlung geeglückt, so hätte sie einseitig die Entente benachteiligt. Deshalb sprach der «Jura bernois» wohl manchem Welschen aus der Seele: «Le Soviet d'Olten travaille pour les Boches»<sup>75</sup>.

Auch die christlich-sozialen Gewerkschaften beteiligten sich nicht am Generalstreik, obwohl sie ebenfalls soziale Verbesserungen forderten. Nach Schätzungen von Historikern blieben rund 250 000 Personen der Arbeit fern, ein Teil allerdings nicht freiwillig, sondern weil viele Verkehrsmittel stillstanden.

Es war für die Behörden wie für das Oltener Komitee schwierig, eine Übersicht zu gewinnen, liess sich doch das Publikum landesweit nur durch die Presse erfassen, denn das Radio oder andere Massen-

medien existierten noch nicht. Viele bürgerliche Zeitungen konnten vorübergehend nicht mehr erscheinen. Dieses Durcheinander bremste da und dort die Ausbreitung des Streiks, verleitete aber umgekehrt auch Arbeiterführer dazu, auf Grund erster Erfolgsmeldungen ihre Stärke zu überschätzen. Namentlich kam es nicht zu Dienstverweigerungen von Armee-Einheiten, und bei der Bauernschaft fanden die Streikenden gar kein Verständnis. Der Bundesrat blieb unnachgiebig. Ob er im Gespräch soziale Reformen auf verfassungsmässiger Grundlage – statt unter Streikdruck – in Aussicht gestellt habe, ist unklar. Auch die Bundesversammlung stärkte in einer ausserordentlichen Session dem Bundesrat den Rücken, und mancherorts bildeten sich bewaffnete Bürgerwehren. So schwand für die Streikleitung die Aussicht auf Erfolg, und in den frühen Morgenstunden des 14. November fügte sie sich einem Ultimatum des Bundesrates und empfahl, die Arbeit wieder aufzunehmen – zur Überraschung und zornigen Enttäuschung vieler Arbeiter, die noch an einen möglichen Durchbruch geglaubt hatten.

In Bern war die Atmosphäre weit ruhiger als in Zürich. Dennoch wurde – ohne dass der bernische Regierungsrat oder die Stadtbehörden um einen zusätzlichen Schutz gebeten hätten – am 8. November 1918 zwei Infanterieregimenter und zwei Kavalleriebrigaden in den Raum der Bundesstadt verlegt. Hier tagte ja die Landesregierung, sass im Hotel «Bellevue» die Armeeleitung und versammelte sich häufig das Oltener Aktionskomitee. Als Platzkommandanten hätte sich General Wille den forschen Oberstdivisionär Fritz Gertsch gewünscht, der vielleicht in Bern ähnlich vorgegangen wäre wie Sonderegger in Zürich. Der Bundesrat zog aber den behutsameren Oberstkorpskommandanten Eduard Wildbolz vor, der Wille gegenüber schon in Ausbildungsfragen einen eigenen Standpunkt behauptet hatte. Wildbolz stammte aus der Stadt Bern, hatte eine Instruktorenkarriere durchlaufen und stand christlich geprägten Kreisen nahe. Er suchte seine Aufgabe möglichst unauffällig zu lösen und brachte den Grossteil der Truppen nicht in Bern selber unter, sondern in den umliegenden Dörfern und suchte ausdrücklich Provokationen zu vermeiden. Er blieb stets in Verbindung mit dem Polizeidirektor der Stadt Bern, dem Sozialdemokra-

ten Oskar Schneeberger, der zwar als Präsident des schweizerischen Gewerkschaftsbundes dem Oltener Aktionskomitee angehörte, aber vom Generalstreik als Waffe beim politischen Kampf in der Eidge-nossenschaft nicht allzuviel hielt, weil die Volksrechte wirksamere Mittel böten. Schneeberger versicherte, die städtische Polizei werde selber für Ordnung sorgen und Gewalttätigkeiten verhindern. Tatsächlich kam es in Bern nur zu einzelnen Aufläufen von Jungsozialisten ohne Tumulte oder Eigentumsbeschädigungen. Hingegen klagten Bürgerliche, sie hätten unter dem Druck von Demonstranten ihre Geschäfte schliessen müssen. Der – mehrheitlich sozialdemokratische – Gemeinderat forderte die städtischen Beamten und Angestellten auf, ihre Arbeit zu leisten, was im allgemeinen auch geschah. Die Strassenbahnen allerdings verkehrten nicht.

Gegen eine Arbeiterversammlung am 9. November – also noch vor dem eigentlichen Landesstreik – auf dem Waisenhausplatz und damit direkt vor dem Hauptquartier des Platzkommandos im städtischen Gymnasium, schritten die Behörden nicht ein, aus der Überlegung, «dass man solange wie irgend möglich einen Zusammenstoss von Truppen und Demonstranten vermeiden wolle, der zu Blutvergiessen und anderen schweren Folgen könnte».

Später wurde die Stimmung aufgeregter, doch betonte Wildbolz in seinem Schlussbericht an die Armeeleitung stolz, in Bern habe die Truppe während des ganzen Landesstreikeinsatzes nie von der Waffe Gebrauch machen müssen. Seine Proklamation an die Bevölkerung hob hervor: «Jedermann soll wissen, dass niemals meine Massnahmen gegen die Arbeiterschaft und gegen eine politische Partei sich richteten.» Gegen übermütige anarchistische Burschen sei aber eine «mutige Selbsthilfe des Bürgers am Platze». Wie der Regierungsrat, so unterschätzte auch Wildbolz zuerst die Gefahr, welche die Bildung eigenmächtiger Bürgerwehren in sich barg, und hinterher mahnte er zu «weisen Massnahmen» gegen Übereifer, der da und dort vorgekommen sei. Zudem betonte er: «Soziale Reformen auf der ganzen Linie sind nötig. Diesen Forderungen darf sich auch der militärische Führer nicht verschliessen, und an seiner Stelle muss er mitwirken am Ausbau sozialer Gesetzgebung.» Fingerspitzengefühl bewies Wildbolz zudem, als er nach dem Streikende in Bern keine militäri-

sche «Siegesparade» durchführte, wie General Wille sie in Zürich abhielt und auch für die Bundesstadt gewünscht hätte<sup>76</sup>.

Es ist schwer abzuschätzen, wie stark ausserhalb der Stadt Bern die Arbeit niedergelegt wurde; denn darüber finden sich nur verstreute und oft auch verschwommene oder verfärbte Hinweise.

In Biel war die Menge zwar erregt, und Gruppen von Zivilisten hielten Züge auf, die trotz der Streikparole fahren wollten. Es gelang dem Militär aber, Zerstörungen zu verhindern, ohne dass es unter den Arbeitern Verletzte gegeben hätte oder gar Tote wie im nahen Grenchen.

Im Jura streikten die Arbeiter vor allem im Raume Biel, in Tramelan und im oberen St.-Immortal. Je weiter nach Norden man sich von diesen Gegenden entfernte, desto ruhiger blieb es im allgemeinen, und in der Ajoie war der Streik kaum mehr zu spüren. Das entsprach im grossen und ganzen der Zugehörigkeit zu Gewerkschaften und zu Parteien der Linken in den betreffenden Räumen, und zudem fiel es bei den gestörten Bahn- und Nachrichtenverbindungen im nördlichen Jura schwerer, die Übersicht über die Vorgänge in der übrigen Schweiz zu behalten.

Zum Proteststreik vom Samstag, den 9. November 1918, waren im ganzen Lande 19 Ortschaften aufgerufen worden, von denen keine im bernischen Jura lag. Hier empfanden viele den Streik ohnehin eher als Hemmnis der Freudenkundgebungen zum Waffenstillstand. Wo es trotzdem zu Manifestationen kam, störten sie die Arbeit wenig, da man eben zur Fünftagewoche und damit zum freien Samstag überging.

In Delsberg streikten fast alle Eisenbahner – meist Deutschschweizer. Auch anderswo beteiligten sich Alteingesessene und später Zugezogene ungleich. Im ganzen gab es im Berner Jura keine Zwischenfälle von Bedeutung, da die Streikenden Disziplin hielten und die Behörden Provokationen unterliessen.

So trafen die Berner Regierungsräte einen verhältnismässig ruhigen Kanton an, als sie am 13. November 1918 einzeln in die verschiedenen Landesteile fuhren, um im Gespräch mit Lokalbehörden und Bevölkerung Eindrücke von der herrschenden Stimmung zu gewinnen.

Ein Nachspiel zum Generalstreik fand in Bern statt, doch gehört es in die Schweizer und nicht in die Berner Geschichte. Zwar waren Streiks auch damals – abgesehen vom Sonderfall der Beamten – nicht verboten; hingegen konnte man einzelne Sätze der Streikproklamationen als Aufruf zur Meuterei und zur Widerhandlung gegen bundesrätliche Verordnungen deuten. So wurde gegen die Unterzeichner dieser Aufrufe Anklage erhoben, und nach einem Seilziehen um Zuständigkeitsfragen begann der Prozess Mitte März 1919 in Bern vor dem Gericht der 3. Division unter dem Vorsitz von Grossrichter Oberstleutnant Heinrich Türler, im Zivilberuf Bundesarchivar und daneben Präsident des Historischen Vereins des Kantons Bern. Am 10. April 1919 verkündete es sein Urteil. Es befand vier Angeklagte schuldig, darunter Robert Grimm und den in Zürich als Redaktor lebenden Berner Ernst Nobs. Alle übrigen sprach es frei. Das Strafmaß blieb an der unteren Grenze: Nobs erhielt vier Wochen Gefängnis, Grimm sechs Monate, die er vom 8. Juli 1919 an im Bezirksgefängnis des Schlosses Blankenburg im Obersimmental verbüßte. Er nutzte diese Zeit, um seine «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen» zu schreiben. Der Prozess machte die Angeklagten in den Augen der Arbeiterschaft nicht geradezu zu Märtyrern, gewann ihnen aber viel Ansehen und Popularität zurück, die sie durch den raschen Streikabbruch bei einem Teil ihrer Anhänger verloren hatten.

Das Urteil des Divisionsgerichtes entschied für den Augenblick, nicht aber für die Nachwelt über die Frage, ob die Streikführer und namentlich Robert Grimm Umsturz und Revolution gesucht hätten, wie es Bürgerliche ihnen vorwarfen. Grimm bekannte sich öffentlich zur Vision einer «Sozialisierung der Gesellschaft und der Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise». Aber er wollte dieses Ziel nicht durch eine Revolution «im Heugabelsinne» erreichen, wie er selber sagte. Bei anderer Gelegenheit präzisierte er: «Wir bekennen uns zur Revolution, sind aber keine Anarchisten und Putschisten. Wir wollen die politische Macht erobern, aber auf unblutige Weise.» Es mag offen bleiben, ob Grimm dabei eher an einen Sieg an der Urne dachte oder an eine Kapitulation des

Bürgertums unter dem Eindruck der Stärke und Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Streik<sup>77</sup>.

#### 4. DIE GRIPPEWELLE

In die gleiche Zeit wie der Generalstreik fiel die Spätphase der Grippewelle, die 1918 über die Schweiz und Europa hinwegzog und auch in fast allen übrigen Erdteilen wütete. Die Krankheit war vermutlich von China her nach Nordamerika und von dort nach Europa verschleppt worden. Von Anfang Juni an trat sie auch in der Schweiz auf, vorerst in ihrer westlichen Hälfte, wobei die Grenze ungefähr zwischen Bern und Thun verlief, also mitten durch den Kanton Bern. Gegen Ende August 1918 klang der Seuchenzug ab, brach aber schon im September wieder auf und erfasste nun bis in den Dezember hinein vor allem den Osten des Landes. Ein letzter kleinerer Schub im Februar und März 1919 verschonte die Schweiz.

Überall in der Welt lag 1918/19 die Zahl der Erkrankungen und der Todesfälle höher als bei früheren Epidemien, doch schwankte sie von Gegend zu Gegend. Das war nichts Neues. Schon für die letzte vorangegangene – weit mildere – Grippewelle von 1889 bis 1895 hatte der Leiter des eidgenössischen Gesundheitsamtes überrascht festgestellt, dass die Grippesterblichkeit im Amtsbezirk Saanen landesweit am höchsten stieg, während sie – bei fast gleichen äusseren Voraussetzungen – im benachbarten Pays d'Enhaut praktisch bei Null blieb. Antibiotika und Chemotherapeutika zur Bekämpfung der Grippe waren noch nicht bekannt. Für den einzelnen Befallenen dauerte die Krankheit unterschiedlich lang, und auch wenn er wieder genas, war er nicht immun geworden, sondern blieb gefährlichen Rückfällen ausgesetzt.

Anders als früher traf die Grippe 1918 in der Schweiz die jungen Erwachsenen, also die Zwanzig- bis Vierzigjährigen beider Geschlechter, weit stärker als Kinder und Alte, Männer stärker als Frauen und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die ländlichen Gegenden stärker als die Städte. Am höchsten war die Grippesterblichkeit in Obwalden und Uri, Bern lag an zehnter Stelle und damit

ungefähr in der Mitte der Kantone. Genau lässt sich die Zahl der Grippeopfer nicht festlegen, da die Krankheit oft verbunden mit Lungenentzündung auftrat, häufig kein Arzt aufgesucht wurde oder die Meldung an Amtsstellen unterblieb. Für den Kanton Bern nannte die Sanitätsdirektion gut 100 000 Erkrankungen und rund 4400 Tote. Danach wären im Durchschnitt 14,5 % der Bevölkerung von der Grippe erfasst worden, am meisten im Seeland mit 19,5 %, am wenigsten im Jura mit 9,5 %. Für die Stadt Bern meldete die Statistik für 1918 rund 20 000 Erkrankungen und gut 600 Todesfälle. In einem «Normaljahr» forderte die Grippe in der Schweiz insgesamt ungefähr 750 Tote.

Für die Ausbreitung der Grippe in der Zivilbevölkerung wie in der Armee war nicht der Ordnungsdienst beim Generalstreik verantwortlich, wie etwa behauptet wird. Bei der Truppe tauchte die Krankheit schon früh im Sommer 1918 auf, als sie auch die Westschweiz erfasste. Sie überrumpelte den Militärsanitätsdienst, bei dem sich schwere Mängel zeigten. Obwohl die Zahl der Soldaten im Grenzdienst während des Sommers 1918 stetig zurückging, gab es 1918/19 in der Armee rund 1800 Grippetote. Gut die Hälfte davon, etwa 920, starben während des Ordnungsdienstes. Von den insgesamt rund 24 000 Grippetoten in der Schweiz war das ein verhältnismässig kleiner Teil. Dabei stammten die meisten der im November 1918 Aufgebotenen vom Lande, wo die Grippe auch die Zivilbevölkerung stärker packte als in den Städten.

Zur Bekämpfung der Grippe suchten die bernischen Behörden vor allem die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Ein Versammlungsverbot vom 23. Juli wurde am 30. August wieder aufgehoben und am 25. Oktober von neuem eingeführt. Untersagt waren zum Beispiel Tanzanlässe, grössere Feste, Chorübungen und -konzerte, ja sogar der Gemeindegesang im Gottesdienst und öffentliche Leichenfeiern. Wieviel solche Vorkehren nützten, ist schwer abzuschätzen. Im ganzen zeigen sie aber, wie hilflos bei allem Einsatz von Ärzten und Pflegenden der Mensch einem Seuchenzug von solcher Wucht immer noch ausgesetzt war<sup>78</sup>.